Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2619

06. 03. 79

Sachgebiet 63

Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)

zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1979
hier: Einzelplan 09 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft
— Drucksache 8/2493 —

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt den Beschluß der Bundesregierung, sowohl in Küsten- als auch in anderen Regionen zu prüfen, ob unter Berücksichtigung der verfassungsmäßigen Aufgaben der Länder die aus sektoralen Anpassungsprozessen resultierenden Beschäftigungsprobleme durch regionale investitions- und wachstumsfördernde Maßnahmen erleichtert werden können.

Angesichts schwieriger Situationen auf regionalen Arbeitsmärkten, insbesondere auf solchen, die durch strukturelle Anpassungsprobleme — wie z. B. der Montan- und Werftindustrie — wesentlich beeinflußt werden, erscheint es notwendig, einen besonderen Anreiz zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Modernisierung sowie zur langfristigen Sicherung bestehender Arbeitsplätze zu geben. Dabei sind jedoch finanz- und regionalpolitische Gesichtspunkte zu beachten; insbesondere darf die Fortentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" nicht behindert werden. Investitionsfördernde Maßnahmen müssen befristet sein.

Bonn, den 6. März 1979

Der Haushaltsausschuß

Windelen	**Glos**
Vorsitzender	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Bericht des Abgeordneten Glos

Der Haushaltsausschuß hat den Entschließungsantrag, den ihm der Deutsche Bundestag in der Sitzung am 26. Januar 1979 federführend überwiesen hatte, in seiner Sitzung am 14. Februar 1979 beraten.

Von seiten der Mitglieder der SPD und der FDP wurde der Entschließungsantrag unter Hinweis darauf, daß die Bundesregierung ihn inhaltlich bereits in den Jahreswirtschaftsbericht aufgenommen habe, begrüßt.

Die Mitglieder der CDU/CSU sahen es als die Pflicht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen an, dafür zu sorgen, daß die dort aus sektoralen Anpassungsprozessen resultierenden Beschäftigungsprobleme in wünschenswerter Weise gelöst werden.

Der Ausschuß stimmte sodann einvernehmlich dem Entschließungsantrag zu.

Glos

Berichterstatter